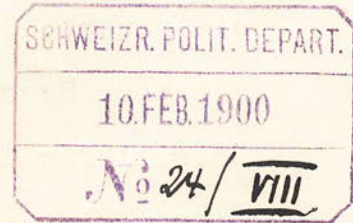


Légation de Suisse
en Italie.

M. Comulatores
au Sec. d'Etat
Rome, le 7. Februar 1900.
dodis.ch/42745
1900.



Politischer Bericht N^o 84.

Herr Bundespräsident,

Wider meinen Willen liess ich Sie, abgesehen von meinen ausschliesslich finanz-politischen Ausführungen vom 13. Dezember v.J., längere Zeit ohne allgemeinen politischen Bericht. Nicht dass es an Stoff gefehlt hätte, namentlich was die innern Zustände Italiens anbelangt, aber nachdem der Legationssekretär von seinem Urlaube zurückgekehrt war, musste er sich mit den Vorarbeiten zum Jahresbericht beschäftigen und inzwischen war ich, trotz der eifrigen Beihülfe des Attachés und des Kanzlers, mehr als gewöhnlich durch die laufenden Geschäfte in Anspruch genommen. Später habe auch ich der hier stark grassierenden Influenza meinen Tribut zahlen müssen und so komme ich erst heute dazu, Ihnen das was aus meinen bei den hiesigen Ministerien und Botschaften eingezogenen Erkundigungen noch nicht antiquiert ist in möglichster Kürze mitzuteilen.

I.

Was zunächst die internationale Politik anbelangt, so steht selbstverständlich der südafrikanische Krieg im Vordergrund des Interesses. Der Umstand dass die Landkräfte Englands in einer vielleicht seit den Zeiten Napoleon I nicht mehr dagewesenen Weise in Anspruch genommen werden, hat eine die ganze Weltpolitik umfassende anormale Lage geschaffen, deren Gefahren sich vermehren, je länger

An das Schweizerische Politische Departement,

Bern.

BAR

95

Dodis



sie dauert. Glücklicherweise ist Deutschland, wie mir noch letzten
 Mittwoch Herr Visconti-Venosta, Minister des Aeussern, versicherte,
 überall für Erhaltung des Weltfriedens tätig; die französische Re-
 gierung ist sich der relativen militärischen und besonders mariti-
 men Schwäche des Landes, wie genügsam schon aus der Fashoda-Episode
 hervorgeht, fortgesetzt bewusst. Sodann ist die Republik durch die
 bevorstehende Weltausstellung in der Entfaltung einer regeren Teil-
 nahme an der grossen internationalen Politik gehemmt. Was Russland
 anbelangt, für das die Versuchung, aus den gegenwärtigen Ungelegen-
 heiten Englands Nutzen zu ziehen, am grössten wäre, so besitzt es
 einen Kaiser, dessen hervorragendste Charaktereigenschaften jeden-
 falls nicht Entschlossenheit und praktischer Sinn sind, was unter
 den gegebenen Verhältnissen im Interesse des Weltfriedens keines-
 wegs zu bedauern ist. Dazu wird man sich wol in Petersburg der Ein-
 sicht nicht verschliessen, dass Frankreich jetzt nicht handeln
 kann, um die Kastanien für Russland aus dem Feuer zu holen und dass,
 von den russischen Häfen in Europa abgesehen, die neuesten Erwer-
 bungen des Reichs in Nord-China (Port Arthur) vor englischen Flot-
 tenangriffen nur ungenügend geschützt sind.

Unter diesen Umständen hält Herr Visconti-Venosta den Frieden
 Europas für nicht gefährdet, obschon die politische Lage grosse
 Aufmerksamkeit erheische. Den jüngsten russischen Truppenbewegungen
 in Mittelasien legt der Minister des Aeussern keine direkte militä-
 rische Bedeutung bei: aber um einen teilweise Mobilisation und
 Truppentransport-Versuch mit dem Objektiv Afghanistan-Indien handle
 es sich immerhin.

Von allen wol unterrichteten Seiten wird geleugnet, dass ir-
 gendwelche Unterhandlungen zwischen England und Italien im Gange

seien betreffend Ersatz der englischen Garnisonen in Aegypten durch italienische Truppen. Die Sache scheint auch an sich in hohem Masse unwahrscheinlich.

Der Minister des Aeussern hat keinerlei den Selbstmord, bez. die Ermordung des gewesenen Kaiser's von China bestätigende Nachricht aus China erhalten. Tatsache aber ist, dass letzterer nun auch formell aufgehört hat, Kaiser zu sein. Das betreffende Dekret ist amtlich publiziert. Herr Visconti-Venosta sieht die Lage nicht für so drohend an, wie sie von vielen Zeitungen geschildert wird; namentlich glaubt er nicht an unmittelbar bevorstehende umfangreiche revolutionäre Bewegungen im Süden Chinas. Dass wegen der jüngsten Vorfälle in China Verhandlungen zwischen den beteiligten Mächten im Gange seien, leugnet der hiesige Minister des Aeussern. Italienischerseits werden keine besonderen Massnahmen getroffen. Das Königreich hat in den chinesischen Gewässern zwei und in den japanesischen ein Kriegsschiff stationiert; dieselben sollen bis auf Weiteres dort bleiben. Uebrigens haben die italienischen Interessen in China keine grosse Bedeutung. Es sind nur ungefähr 200 Italiener dort niedergelassen, zum grössten Teil in Shanghai.

Marquis Visconti-Venosta hat, wie er übrigens sowohl im Senat als in der Kammer zu erklären Gelegenheit hatte, den Plan einer territorialen Erwerbung Italiens in China, den sein Vorgänger Canevaro mit mehr Eifer als Geschick einzuleiten begonnen hatte (vgl. meine Berichte N° 70, ad N° 70, N° 71, ad N° 71 und N° 73 vom 4., 7., 10. und 17. März und 14. April 1899) vollständig aufgegeben. Seine Politik beschränkt sich darauf, die Interessen italienischer Privat-Unternehmungen in China möglichst zu schützen und zu fördern, was keine besonders grosse Aufgabe sein dürfte, denn solcher Unter-

nehmungen giebt es wenige.

In meinem Berichte N°68, vom 17. November 1898 (Ziff. 3) schrieb ich, der Zwischenfall von Raheita werde zu einer italienisch-französischen Verständigung führen behufs Feststellung der beidseitigen Besitzungen um Raheita (italienisch) und um Obock (französisch). Die bezügliche Uebereinkunft ist nun zu Stande gekommen und am 24. v. Mts. in Rom unterzeichnet worden; beide Teile sprechen sich befriedigt über dieselbe aus.

Mit Rücksicht auf die Verhältnisse, wie sie anlässlich des Dreyfuss-Processes zu Tage traten, haben sowohl Italien als Deutschland und Oesterreich-Ungarn davon abgesehen, ihren Botschaften in Paris neuerdings Militär-Attachés beizugeben. Herr Visconti-Venosta bemerkte mir, es sei dem Entschlusse der drei Mächte keine Verständigung unter ihnen vorausgegangen; aber alle hätten aus den gleichen Beobachtungen die gleichen Schlüsse gezogen und so habe sich die identische Entschliessung von selbst ergeben.

Der italienisch-türkische Zwischenfall betreffend das minderjährige italienische Mädchen, Zwischenfall von dem dieser Tage in den Zeitungen viel die Rede war, hat seine Erledigung dadurch gefunden, dass das 16jährige Mädchen ihrem Vater zurückgestellt wurde. Das türkische Justizministerium machte geltend, nach türkischer Rechtsanschauung sei das Mädchen bereits handlungsfähig, es habe sich freiwillig in das Harem des betreffenden türkischen Offiziers begeben und erklärt, es wolle zum Islam übertreten. Es bedurfte seitens Italiens der Drohung mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, um den Standpunkt durchzusetzen, das italienische Recht sei massgebend, nach welchem das Mädchen minder-

jährig und demnach der väterlichen Gewalt unterworfen sei.

Aus handelspolitischen Rücksichten schenkt man hier dem Schicksale unserer Versicherungsgesetze eine ziemlich rege Aufmerksamkeit. Man fürchtet nämlich, nachdem wir auf die Schaffung neuer Einnahmequellen verzichtet haben, wir würden uns veranlasst sehen, die erforderlichen Mehreinnahmen in einer Erhöhung unserer Eingangszölle zu suchen, wodurch die zu gewärtigenden Handelsvertragsverhandlungen sich schwieriger gestalten würden.

Ueber den in Ermangelung des Zustandekommens eines neuen Handelsvertrages mit Griechenland abgeschlossenen modus vivendi, sowie über das Einverständniss mit den Vereinigten Staaten von Amerika, habe ich Spezialberichte an das Handelsdepartement gesendet. Ebenso betreffend die italienisch-brasilianischen Handelsvertragsverhandlungen. Was letztere anbelangt, kann ich beifügen, dass Herr Visconti-Venosta an ein Ergebniss derselben kaum zu hoffen wagt. Brasilien verlangt eine Ermässigung von 45 Frs., d.h. von 30 °/° auf dem 150 Frs. per 100 Kilogramm betragenden italienischen Einfuhrzoll auf Caffé. Diese Reduktion käme Italien 7 bis 8 Millionen jährlich zu kosten, ohne dass bei dem geringen Caffé-Consum in Italien auf eine Verminderung des Ausfall's durch Vermehrung des Verbrauchs gerechnet werden könnte. Als Gegenleistung bietet Brasilien nichts Erhebliches; es will nicht einmal seine gegenwärtigen Tarifpositionen binden, selbst nicht diejenigen, welche den italienischen Import hauptsächlich interessieren (Wein, Oel, chemische Produkte, Baumwollwaaren, Seide und Wolle). Und es scheint in der Tat ein Opfer von 7 bis 8 Millionen, das von Italien gefordert wird, in keinem Verhältniss zum Gesamtexport des Königreiches nach Brasilien, der für das Jahr 1899 auf 18 Millionen geschätzt

wird.

II.

Nachdem am 30. Juni v.J. wegen der Vorgänge betreffend das Dekret über Press- und Associationsfreiheit (S. meine Berichte N° 77, N° 78, N° 79 & N° 80 vom 7., 24. & 29. Juni und I. Juli 1899) die Parlamentssession frühzeitig geschlossen worden war, wurde die neue Session (III. der XX. Legislatur) am 14. November durch eine Tronrede eröffnet, welche rein sachlich gehalten war und die Kammern aufforderte, sich im Interesse des Landes ernster Arbeit hinzugeben. Dadurch, dass die aufreizenden Debatten über das genannte Dekret hinausgeschoben wurden, konnte dies auch in unerwarteter Weise erreicht werden. Als am 19. Dezember das Parlament sich bis zum 31. Januar vertagte, waren mehrere seit längerer Zeit hängige Gesetzesentwürfe durchberaten worden.

Anlässlich der Ernennung des Kammerpräsidenten versuchten die gesamten Oppositionen das Ministerium Pelloux zu Falle zu bringen; aber der Streich, an dem sich auch Rudini und seine Anhänger beteiligten, misslang: der Candidat des Ministeriums, der gewesene Schatzminister Colombo, vereinigte 198 Stimmen auf sich, während Biancheri 179 Stimmen erhielt. Nach diesem Misserfolg erlahmte die Opposition; die einzelnen Fraktionen derselben fielen auseinander und heute steht das Ministerium Pelloux fester da, als bei Eröffnung der Session im November vorigen Jahres.

Ein grelles Licht auf die in Sicilien herrschenden mittelalterlichen Zustände hat der Prozess Notarbartolo geworfen. Am 1. Februar 1893 wurde in einem Zuge der Linie Termini-Palermo der Com. Emanuele Notarbartolo in grausamster Weise ermordet. Der Verdacht, zu dem Morde Auftrag gegeben zu haben, fiel auf den Deputierten

Palizzolo, der Notarbartolo feindlich gesinnt war, weil sich letzterer in seiner Eigenschaft als Administrator der Bank von Sicilien der Verwendung der Gelder der Bank zu Privatspeculationen der Herren Palizzolo und Genossen widersetzt hatte.

Aber Voruntersuchung und Prozess wurden unter dem Einfluss der Maffia, der Palizzolo als einflussreiches Mitglied angehörte, von den beteiligten Polizei- und Gerichtsbehörden bis hinauf zum Generalstaatsanwalt so geführt, dass keine Beweise zu Stande kamen. Gegen Palizzolo wurde gar nicht vorgegangen. Der materiellen Ausführung des Mordes erschienen verdächtig ein gewisser Fontana, Freund und Schützling von Palizzolo, und die zwei Eisenbahnangestellten Carollo und Garuffi. Die Anklage gegen ersteren wurde schon in der Vorinstanz fallen gelassen; die letzteren zwei kamen vor Schwurgericht. Aber da Niemand gegen sie auszusagen wagte, wurden sie aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Auf Betreiben des Sohnes des Ermordeten wurde jedoch die Sache nach Jahren wieder aufgenommen und da man sich überzeugen musste, dass wegen des Einflusses der Maffia an die Durchführung eines regelrechten Prozesses in Sicilien nicht zu denken sei, so wurde die Angelegenheit letzten Herbst zur Beurteilung an das Mailänder Schwurgericht überwiesen.

Auch dort wollten die Zeugen, aus Furcht vor der Maffia, nicht mit der Sprache heraus, nicht bloss die armen und abhängigen; auch hochgestellte Persönlichkeiten, wie die Fürsten Sant'Elia, zwei Brüder, deren einer der Gatte einer Hofdame der Königin ist, erinnerten sich an nichts mehr. Trotzdem wurde im Laufe der Verhandlungen belastendes Material genug festgestellt, um die Verhaftung Palizzolo's als unerlässlich erscheinen zu lassen. Diese Massnahme war für das Ministerium eine Lebensfrage und wurde so rasch ergriffen, dass Palizzolo keine Zeit fand, aus Palermo zu flüchten. Eini-

ge Tage darauf wurde Fontana ausfindig gemacht und in Gewahrsam gebracht. Die unter diesen Umständen in Palermo neu eingeleitete Untersuchung machte eine Sistierung des Mailänder Prozesses nötig, die am 10. Januar l.J. verfügt wurde.

Das Ministerium hatte sich verpflichtet, den Anlass zu ergreifen, um energisch gegen die Maffia vorzugehen. Als daher später festgestellt wurde, der Kriegsminister Mirri habe seinerzeit als Regierungscommissär in Palermo in höherem Auftrage zu ^RWalzwecken und im Interesse Crispi's mit der Maffia pactiert, musste er zurücktreten. Er ist bisher nicht ersetzt worden, sondern der Ministerpräsident und Minister des Innern General Pelloux übernahm interimistisch die Leitung des Kriegsministeriums und benützt nun diesen Umstand, um selbst mit seiner grösseren Autorität vom Parlament für dieses Ministerium ausserordentliche Credite zu begehren, namentlich zur Refection der Feldartillerie, zum Schutz der Küsten und zu Festungsbauten um Rom und Capua. Ich schrieb hierüber an das Militärdepartement unterm 5. 1. Mts.

Das von einem grossen Teil des Parlaments längst verlangte Amnestie-Dekret wegen der Mai-Unruhen des Jahres 1898 ist am 31. Dezember 1899 erlassen worden. Die vielen Härten der Urteile der damaligen Kriegsgerichte sind dadurch beseitigt, aber gleichzeitig die **E**rmunterung gegeben, bei nächster Gelegenheit mit revolutionären Bewegungen wieder zu beginnen. Und sicherlich werden diejenigen socialistischen Deputierten, die sich damals am meisten hervortaten, baldmöglichst demonstrativ wieder gewählt werden.

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, die erneuerte Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung und Ergebenheit.

Der Schweizerische Gesandte:

Carlin